

## Die Wohnungsfrage.

Enquete im Justizministerium.

Im Justizministerium fand heute Vormittag unter Vorsitz des Ministers Karl Greccsát eine Enquete statt, welcher die Vertreter der Ministerien für Inneres, Handel, Finanzen und Landesverteidigung, der Hauptstadt, der Volkswohlfahrtszentrale, des Verbands der Hausbesitzer, sowie des Verbands der Wohnungsmiether beizwohnten.

Als Erster ergriff der Referent für Wohnungswesen der Hauptstadt Dr. Emerich Ferenczi das Wort. Er führte aus, die wichtigsten und dringendsten Maßnahmen wären: die Entfernung der Fremden, die Requirirung der Wohnungen, die Räumung der für Geschäfts- und Amtszwecke in Anspruch genommenen Wohnungen. Es müsse verhindert werden, daß reichgewordene Leute aus der Provinz in Budapest Häuser kaufen und die Einwohner der Hauptstadt obdachlos machen sollen. Die Sommerwohnungen sollen requirirt und von Denjenigen, die zwei Wohnungen haben, die eine in Anspruch genommen werden. Die leerstehenden Geschäftslokale, Magazine und Werkstätten sollen, wenn keine polizeilichen oder hygienischen Bedenken vorhanden sind, als Wohnungen benützt werden. Die Hauptstadt müßte für die Unterbringung der Einrichtung der zu räumenden Wohnungen sorgen. Die Hauptstadt beabsichtigt, ein Wohnungsamt zu errichten, welches die erwähnten Verfügungen durchführt wird.

Alexander Sarbai bezeichnet als die dringendsten Aufgaben die Räumung der für Amtszwecke in Anspruch genommenen Wohnungen und den Bau von Kleinwohnungen. Oberfiskal Dr. Emerich Szabó erklärt, das Kündigungsrecht müsse sowohl dem alten, wie dem neuen Hausbesitzer gegenüber eingeschränkt werden.

Dr. Tibamér Szabinyi tritt für die Einschränkung der unerhörten Miethserhöhungen für möblierte Zimmer ein. Für möblierte Zimmer soll keine höhere Mieth gefordert werden dürfen, als am 1. November 1916 gezahlt wurde. Wenn das Zimmer noch nicht vermietet war, darf als Miethzins nicht mehr als das Doppelte des auf das Zimmer entfallenden Theiles der Wohnungsmieth verlangt werden.

Der Präsident des Verbands der Hauseigentümer Jozsef Julius Szabó wünscht die Zulassung der Erhöhung der Miethzins, und zwar soll die Erhöhung bei einem Miethbetrag bis 1200 Kronen 15 Prozent, bis 2400 Kronen 20 Prozent, bis 4800 Kronen 25 Prozent betragen und bei höheren Miethzinsen keinerlei Beschränkung unterliegen. Béla Seltai tritt ebenfalls für die Gewährung des Ansuchens der Hauseigentümer ein. Die Erhöhungen sollen jedoch den öffentlichen Beamten und Eingerückten gegenüber nicht angewendet werden.

Magistratsrath Géza Demjén erklärt, die Hauptstadt sei entschieden gegen die die Steigerung bezweckende Aktion der Hauseigentümer. Oberfiskal Dr. Emerich Szabó erwähnt, daß Denjenigen gegenüber, die eine Kriegsgewinnsteuer zahlen, die Miethzins-erhöhung gerechtfertigt sei.

Nachdem noch Architekt Julius Ullmann, Professor Ignaz Pfeiffer und der Direktor der Volkswohlfahrtszentrale Dr. Hugo Csörgö gesprochen hatten, dankte Justizminister Greccsát den Theilnehmern an der Berathung für ihr Erscheinen, worauf die Konferenz ihr Ende erreichte.

Der Verband der Miether hielt gestern im alten Abgeordnetenhanse eine Versammlung, in welcher Prälat Alexander Gießwein den Bau von Familienhäusern, Dr. Franz Kassai die Fortsetzung der Aktion Welterle's zum Bau von Arbeiterwohnungen, Lottán Zsigány die Verstaatlichung dieser ganzen Aktion und Dr. Lottán Rónai die Hintanhaltung von Baugrundspeculation durch die Behörden forderten.